

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drohdruck: Tagesblatt Rieser.
Gesamt Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Dethen.

Postfachkonto: Dresden 1500
Stroßstraße Rieser Nr. 52.

Nr. 70.

Mittwoch, 24. März 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig wochentlich. Durch Post durch Posten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Wähe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Tagesabends sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Elben) 25 Gold-Pfennige, die 80 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Rieser. Mittägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Abschluß der Genfdebatte im Reichstage.

Die Gehälter des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers bewilligt.

Deutscher Reichstag.

103. Berlin, den 23. März 1926.

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Die Regierungsbänke sind zu Beginn der Sitzung leer. Präsident Noebe eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Min. und kündigt eine Abendigung an, wenn die Tagesordnung bis 7 Uhr nicht erledigt ist.

Die große politische Aussprache

wird dann fortgesetzt.

Als erster Redner erhält das Wort

Abg. Graf Reventlow (Df.).

Er bedauert das geringe Interesse des Hauses an den großen außenpolitischen Fragen. Mit einer gewissen Zögerlichkeit, so fährt der Redner fort, sei er zur Tribüne geschritten, denn Luther und Stresemann seien außerordentlich freudige Männer und zu Gewalttätigkeiten geneigt, so daß man nicht wisse, ob der Schutz des Präsidenten ausreiche. (Heiterkeit.) Der Luther-Jorn sei besonders zu fürchten. Vielleicht täten die Herren gut, auch äußerlich ihre Streitbarkeit dadurch zu dokumentieren, daß sie in Reichsbanner-Uniform erscheinen. (Erneute Heiterkeit.) Der Redner bespricht dann die Vorgänge in Genf und fordert Zurückziehung des Ausnahmegesetzes für den Völkerbund. Von dem Völkerbund gelte das Wort Senes: „D Bund, Du Hund, Du bist nicht gesund!“ Der Redner empfiehlt eine Verständigung mit Rußland. Er schließt mit den Worten: Für die Regierung gelte das abgemandelte Wort Goethes: Immer sich beugen, betrieblam sich zeigen, führt die Arme der Mehrheit herbei! (Heiterkeit.)

Ein Zwischenfall.

Es kommt dann zu einem erregten Zwischenfall. Da die Regierungsbänke immer noch völlig leer sind, beantragt Abg. v. Graefe (Df.) die Sitzung auszusetzen, bis die derzeitige Regierung anwesend sei. (Heiterkeit.) Die Regierung sei wohl gewohnt, zu antworten, aber das Haus müsse verlangen, daß auch die Diskussionsredner angetru werden. (Beifall rechts.)

Präsident Noebe erklärt, es sei natürlich unerwünscht, daß bei einer so wichtigen Debatte die Regierungsbänke völlig leer seien. Das scheint nicht ein Zufall zu sein, sondern eine Absicht, weil bei vorherigen Debatten die Partei des letzten Redners sich schwere Beleidigungen von Regierungsmitgliedern habe zu schulden kommen lassen. In einer Debatte sei der Abg. Hennig aus dem Saale gewiesen worden, und auch gestern habe der Abg. v. Graefe einen Ordnungsbruch erhalten. Es scheint also, daß die völkische Fraktion selbst in der Lage sei, diesen Zustand zu ändern, indem sie sich den parlamentarischen Sitten füge. (Zustimmung i. d. Mitte u. Links, Gelächter und erregte Zurufe d. Völk.)

Der Antrag auf Aussetzung der Sitzung wird darauf gegen die Völkischen, die Deutschnationalen und die Kommunisten abgelehnt.

Unter großer Unruhe nimmt dann

Abg. Breitscheid (So)

das Wort. Als er die einleitenden Worte gesprochen hat, erscheinen Dr. Stresemann und Dr. Rühl im Sitzungssaal und werden von den Deutschnationalen und Völkischen mit stürmlichem Hallo begrüßt, worauf die Regierungspartei mit Handklatschen antwortet. Allmählich wird es wieder ruhig, und Dr. Breitscheid legt seine Rede fort. Er erklärt, er hätte das Bedauern der Völkischen wegen der Abwesenheit der Regierung wohl verstanden, denn es wäre Dankeschuld der Regierung gewesen, die wertwürdige Begründung für das völkische Vertrauensvotum anzuhören.

Der Redner erklärt, man habe seinen gekrönten Wortverzicht ganz falsch gedeutet. Dieser Verzicht sei nur von dem Bunsche diktiert worden, erst noch den Vertreter der härtesten außenpolitischen Oppositionspartei zu hören. Die Sozialdemokraten, so erklärt der Redner, können die jetzige Außenpolitik im wesentlichen billigen, wenn sie der Regierung auch in vielen anderen Fragen in scharfer Opposition gegenüberstehen. Vielen Deutschnationalen ist der Ausgang der Genfer Konferenz nur deshalb so unangenehm, weil er der Deutschnationalen Volkspartei die Möglichkeit genommen hat, in nächster Zeit wieder in die Regierung hineinzugehen. Die „nationale Opposition“ in der Deutschnationalen Volkspartei warne vor einem Sturz der Regierung, weil sonst Breitscheid Außenminister würde. (Heiterkeit.) Der Redner billigt die Haltung der deutschen Delegation in Genf. Es sei unerhört, daß die Bayerische Staatszeitung gegen die Politik der Regierung geschrieben habe. Der Völkerbund sei kein Ideal, sondern nur eine Brücke, um über die Gefahren der nächsten Zeit hinwegzukommen.

Der Präsident teilt mit, daß die Regierungspartei beantragt, über das völkische „Vertrauensvotum“ zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. v. Tzipis (Df.)

wirft die Frage auf, ob die Politik des derzeitigen Reichskabinetts trotz des Genfer Zusammenbruchs in der beachtlichsten Form fortgeführt werden dürfe. Es liege in der Verantwortung eine Entscheidung für die Zukunft des Reichstums überhaupt. Deshalb müsse die dringende Bitte an alle Parteien gerichtet werden, einmal den inneren Parteihaupunkt zurückzustellen und nur das große Gesamtinteresse Deutschlands gelten zu lassen, damit jeder einzelne Abgeordnete nach seiner subjektiven Auffassung stimmt. Dem Einzelnen werde das durch die parlamentarische Form schwer gemacht. Es könne sogar ein erheblicher Mut dazu erforderlich sein. Eine persönliche Entscheidung müßte dieses mal aber dem Parteipolitiker leichter sein, denn es sei eine solche rein außenpolitischer Art. Die in Locarno und Genf angewandten Methoden haben nicht zum Ergebnis geführt. Sie waren für Deutschland verhängnisvoll. Man mag die Dinge wenden wie man will, es bleibe eine Niederlage unserer politischen Methode. Unsere Unterhändler hatten leider in Locarno unterlassen, uns grundsätzlich die unveränderte Zusammenfassung des Völkerbundes bis nach unserem Eintritt zuzusichern zu lassen. Vor dem glatten Siege Frankreichs über uns hat uns nur der letzte unerwartete Vorstoß Straßens gerettet.

Angeichts dieser Lage haben wir uns durch das Kommuniqué in gefährlicher Weise mit den Mächten indentifiziert, deren illiberales Spiel vielleicht nicht in Deutschland, aber sonst in der ganzen Welt klar geworden ist. Wir haben damit die Mitverantwortung für das Chaos in Genf übernommen und haben uns, wenn nicht juristisch, so doch aufs gefährlichste, politisch gebunden. Rufen wir von diesem Weg nicht ganz unabweisend ab, so geraten wir in völlige Abhängigkeit von Frankreich und seinem Anhang. Die Zurückziehung des Ausnahmegesetzes ist um so notwendiger, als wir gar nicht übersehen können, was alles in der Welt bis zum September geschehen kann. Stellen wir fest, daß unser Antrag zunächst gelöst ist, so zwingen wir die Entente bei ihren Vorbereitungen, von denen wir uns unbedingt frei zu halten haben, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß wir den Antrag auf Eintritt nicht erneuern würden, wenn wiederum illonal gegen uns verfahren wird. Wir machen zugleich vor der ganzen Welt deutlich, daß das Deutsche Reich die Verantwortung für das Genfer Chaos ablehnt. Diese Stellungnahme würde das Ansehen Deutschlands in der ganzen Welt mit einem Schlag herstellen. Das ist derlei Standpunkt, den Nordamerika einnimmt. Durch deutliches Abrücken von dem illonalen Spiel in Genf werden wir auch der Vermittlung entgegen wirken können, die wir uns bei sonst wohlwollenden Neutralen dadurch angezogen haben, daß wir uns unangenehm von Frankreich als Karnikel, vor allem gegen Spanien und gegen Brasilien, haben gebrauchen lassen. Der erstrebte politische Erfolg wird nicht erreicht durch Reichstagsreden. Es kommt nicht darauf an, die Handlungsfreiheit in Wirklichkeit wieder zu erlangen. Hierzu bedarf es eines politischen Aktes, welcher der amtlichen Politik des Reiches die verloren gegangene Bewegungsfreiheit wieder gibt. Reichspräsident und deutsches Volk müssen von der fürchtbaren Verantwortung und der Bindung des Genfer Ergebnisses frei werden, um der Zukunft derer willen, die nach uns kommen. (Beif. Beifall rechts.)

Reichskanzler Dr. Luther

stellt fest, daß der Gedanke, Deutschland habe nicht mehr die Freiheit des Handels bezügliche des Eintritts in den Völkerbund, völlig irrig ist. Deutschland hat die Freiheit. In dieser Freiheit ist nichts geändert worden durch das Kommuniqué. Es handele sich um keine Rückwärtsbewegung, sondern darum, Locarno nach allen Möglichkeiten hin weiter zu entwickeln. Man mag, so erklärt der Kanzler, über die Wege und Methoden von Locarno verschiedener Meinung sein. Genie ist Locarno durch den Beschluß der zuständigen deutschen Instanzen die Grundlage unserer Politik geworden. So sehr ich der Ansicht bin, daß wir von den Dingen, die Locarno bringen soll, noch vielerlei wissen, so kann doch niemand behaupten, Locarno sei wirkungslos gewesen. (Beif. Beifall bei den Regierungspartei und den Sozialisten.) Wir sehen umgekehrt seit den Beschläffen von Locarno Vorgänge im Felde, die sich ohne Locarno mit aller Bestimmtheit nicht vollzogen haben würden. Dieser Satz ist völlig unbestreitbar. (Beifall.) Der Reichskanzler geht dann auf die Vorgänge in Genf ein und erklärt: Das Kommuniqué ist in seinem Grundgedanken unserer deutschen Initiative entsprungen. (Beif. Beifall.) Höri! Höri! bei den Deutschnationalen. — (Beif. Beifall bei den Regierungspartei und den Sozialisten.) Es ist selbstverständlich, daß wir jetzt den Plan des Eintritts in den Völkerbund nicht fallen lassen können, wenn wir die Locarno-Politik fortführen wollen.

Die große Linie der deutschen Außenpolitik, wie sie seit dem Zusammenbruch des Ruhrkampfes verfolgt worden ist, ist doch wirklich nicht ohne Erfolg gewesen. (Stürmische Zwischenrufe rechts.) Der Kanzler erinnert an die Mün-

nung der Ruhr, an die Hämmung Böhm und rufft der Redner an, daß man doch nicht Lasten aus der Welt schaffen könne. Die Rechte solle doch einen anderen Weg zeigen. Die Zurückziehung des Eintrittsgesetzes würde ein grundsätzliches Bekenntnis gegen Locarno bedeuten. Wir wollen und sollen, so erklärt der Kanzler weiter, eine gemeinschaftliche Linie in der Außenpolitik finden. Das habe Abg. Tzipis mit Recht ausgesprochen. Aber Locarno müsse politisch ein abgeschlossener Tatbestand sein. Nirgends seien in der Welt Vorwürfe gegen Deutschland wegen der Genfer Stellungnahme zu lesen. Es gebe nur einen geraden Weg. Der Kanzler erklärt, er habe verschiedene Regierungen angehört, aber niemals eine bestimmte politische Stellung eingenommen. Es gebe für ihn nur einen Gesichtspunkt das Einhalten einer einfachen vaterländischen Richtung. Die Opposition sei notwendig als technische Einrichtung, aber nicht, um eine Grenze durch das deutsche Volk zu ziehen. Gerade in dieser Stunde werde diese Grenze von neuem gezogen durch das Vertrauensvotum derjenigen, mit denen er vertrauensvoll zusammengearbeitet habe. (Beif. Beifall bei den Regierungspartei.)

Abg. Müller-Franken (So.)

hält den Deutschnationalen vor, daß sie jetzt ihren letzten Mann, „Tzipis“, aufgebieten haben. Gerade er ermahnte, innere Parteikämpfe zu vermeiden, obwohl er sie selbst genug oft verurteilt habe. Der Redner fordert eine Völkerbundsreform, die nicht im Gegensatz zu einer deutsch-russischen Verständigung steht.

Abg. Frhr. v. Rheinbaben (Df.)

kritisiert besonders das Verhalten Senes.

Abg. Ränzenberg (Komm.)

fragt, ob es richtig sei, daß Deutschland das Abkommen der Weltmächte gegen China mit unterzeichnet habe.

Abg. Graf v. Westarp (Df.)

hält dem Kanzler vor, er sei im Irrtum, wenn er glaube, Herr v. Tzipis blühe Locarno. Das entspreche nicht den Tatsachen. Der Redner erinnert an das vertrauensvolle Zusammenarbeiten der Deutschnationalen mit dem Kanzler. Dann sei der Kanzler aber andere Wege gegangen, so daß sich die Deutschnationalen von ihm trennen mußten. Sie seien aber weit davon entfernt, ihm etwa den vaterländischen Willen und die vaterländische Gesinnung abzuspüren. Die Politik sei aber ein hartes, nüchternes Geschäft, das durch persönliche Empfindungen nicht beeinflusst werden dürfe. Der Kanzler gehe jetzt andere Wege als zur Zeit der Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen. Darum müßten sie ihn bekämpfen.

Reichskanzler Dr. Luther

stellt noch einmal fest, daß für die Richtlinien von Locarno ein Beschluß des Hauses vorliegt, und darum müsse diese Linie weitergegangen werden.

Damit schließt die Aussprache.

Eingegangen ist noch ein Antrag der wirtschaftlichen Vereinigung, wonach der Eintritt in den Völkerbund erst erfolgen soll, nachdem Deutschland ein ständiger Mitglied ohne weitere Vermehrung der Ratsitze zugesichert worden ist.

Darauf beginnen die

Abstimmungen,

deren Ergebnisse wir bereits gestern mitgeteilt haben.

Der Antrag der wirtschaftlichen Vereinigung wird mit 200 gegen 188 Stimmen abgelehnt. Das Gehalt des Reichskanzlers wird dann gegen Völkische und Kommunisten bewilligt.

In der Einzelbesprechung

führt Abg. Dr. Quaas (Df.) Beschwerde über ein Flugblatt, das von der aus öffentlichen Mitteln betriebenen Zentrale für Heimdienst herausgegeben sei und sich gegen eine Kritikerin im Berliner Volkswort über die „Ausgliederung Deutschlands“ richtet. In diesem Flugblatt werde der falsche Eindruck erweckt, als ob die deutsche Währung nur durch den Damespalt stabilisiert worden sei.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann betont, daß die Kritikerin über „Die Ausgliederung Deutschlands“, die der Volkswort veröffentlicht habe, das Hauptanliegen an Demagogie sei. (Stürmische Zustimmung links und in der Mitte. — Widerspruch rechts.) Es seien nicht nur einfache Aufsätze gewesen, sondern das Volk wurde in der Reichshauptstadt durch Flugzettel und an den Plakattäulen besonders darauf hingewiesen, der Minister bejahe die Frage, daß Reichsmittel zur Abwehr dieser Agitation verwendet werden seien. Wozu sei denn die Reichszentrale für Heimdienst überhaupt da? Die Maßnahmen seien in voller Übereinstimmung zwischen Reichskanzlei und Außenwärtigem Amt erfolgt. Der Minister verweist auf die schwere Wirtschaftskrise, in der wir heute stehen, und die zu großen Erregungen im Volke führen könne. Da sei es keine größere Umkehrung der Wahrheit, als diese Wirtschaftskrise auf die Regelung der Reparationen zurückzuführen. (Erneute stürmische Zustimmung bei der Mehrheit.) Er denke nicht daran, die Stabilisierung der Währung als Verdienst des Auslan-

Allen voran: Radeberger Pilsner! das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwade

Riesa a. Elbe. Formel 49.